



Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Jahresabschluss per 31.12.2020
und Lagebericht 2020

Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht.....	2
Rahmenbedingungen.....	2
Allgemeines Geschäftsumfeld.....	2
Geschäftsverlauf.....	3
Ertragslage.....	4
Finanzlage.....	5
Vermögenslage.....	6
Risikobericht.....	10
Chancenbericht.....	15
Prognosebericht.....	16
Bilanz.....	19
Aktiva.....	19
Passiva.....	20
Gewinn- und Verlustrechnung.....	21
Anhang.....	22
Allgemeine Erläuterungen.....	22
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	22
Erläuterungen zur Bilanz.....	24
Aktivseite.....	24
Passivseite.....	28
Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2020.....	31
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	32
Sonstige Angaben.....	33
Nachtragsbericht.....	35
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	36
Bericht des Aufsichtsrats.....	40

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Die Baden-Badener Pensionskasse VVaG (im Folgenden auch bbp genannt) wurde am 02.12.1997 mit Unterzeichnung der Satzung vereinsrechtlich gegründet. Mit Datum vom 04.06.1998 wurde vom damaligen Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen – heute Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt.

Die Kasse ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 210 VAG mit Sitz in Baden-Baden. Mitglieder sind die Landesrundfunkanstalten der ARD, das ZDF, die Deutsche Welle und Deutschlandradio sowie fünfzehn Gesellschaften als außerordentliche Mitglieder.

Zweck der Kasse ist es, ihren Mitgliedern Mittel zur Gewährung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung zu stellen und Versorgungsberechtigten der Mitglieder der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31.12.2020 schließt an den mit Datum vom 02.03.2020 erstellten Vorjahresabschluss zum 31.12.2019 an.

Allgemeines Geschäftsumfeld

Die bbp ist keine freie Pensionskasse, sondern ihr Vereinszweck dient ausschließlich zur Erbringung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Daher ist die bbp keinem Wettbewerb ausgesetzt und verfügt auch über keinen Vertrieb.

Beaufsichtigt wird die bbp als regulierte Pensionskasse durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Dabei berücksichtigt die bbp die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG sowie der Anlageverordnung (AnIV) samt Rundschreiben. Darüber hinaus gelten seit 2019 erweiterte europäische Melde- und Berichtspflichten durch Umsetzung der EbAV II-Richtlinie.

Die bbp ist speziell im Bereich ihrer Kapitalanlagen dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld unterworfen. Hierbei war das Jahr 2020 an den Kapitalmärkten stark durch die Einflüsse der COVID-19-Pandemie geprägt. Mit dem Aufkommen und der globalen Verbreitung des Covid19-Virus im Frühjahr reagierten die Börsen weltweit mit historischen Kursabschlägen. Dank dem zeitnahen beherzten Eingreifen der wichtigsten Notenbanken sowie zusätzlicher enormer Konjunkturprogramme bzw. Staatshilfen konnten die rezessiven Folgen des Lock-Downs eingedämmt und mögliche Insolvenzwellen bei Unternehmen vermieden werden. Nach Verkündung dieser Maßnahmen erholten sich die Kapitalmärkte von diesem Schock und zeigten im weiteren Jahresverlauf starke Wertaufholungseffekte auf quasi Vorkrisenniveau.

Geschäftsverlauf

Am Jahresende waren 24.057 Anwärter versichert (Vorjahr: 22.549), davon 6.085 (Vorjahr: 4.418) Anwartschaften nach dem BTVA. Außerdem bestanden 397 Anwartschaften (Vorjahr: 359) in den Direktversicherungstarifen. Die Zahl der Rentenbezieher stieg von 2.803 auf 3.122 Personen an. Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2020 ist auf der Seite 18 dargestellt.

Die Höhe der im Geschäftsjahr gebuchten Beiträge liegt bei 243,632 Mio. Euro (Vorjahr: 142,172 Mio. Euro). Dabei wuchsen die Beiträge der Grundversorgung (VTV) aufgrund des Sondereffekts der Rechnungszinsabsenkung stark von 113,869 Mio. Euro auf 203,466 Mio. Euro. Die gebuchten Beiträge für die freiwillige Höherversicherung (Tarifgruppe B) sanken leicht von 9,425 Mio. Euro auf 9,343 Mio. Euro. In die Direktversicherungen gemäß § 40 b EStG und § 3 Nr. 63 EStG flossen Beiträge in Höhe von 405 TEuro (Vorjahr: 400 TEuro) zu. Für Riester-Direktversicherungen wurden 61 TEuro an Beiträgen (Vorjahr: 61 TEuro) und 16 TEuro an Zulagen (Vorjahr: 24 TEuro) eingenommen. Für die Verträge im Rahmen des BTVA/VTV 2015 (Tarifgruppe D) wurden 29,713 Mio. Euro an Beiträgen eingenommen (Vorjahr: 18,394 Mio. Euro). Die Beitragsentwicklung im Geschäftsjahr lag aufgrund der erhöhten Beiträge leicht über Plan.

Die Zahlungen für Versicherungsfälle stiegen von 24,786 Mio. Euro im Vorjahr auf 33,509 Mio. Euro im Geschäftsjahr. Dabei erhöhten sich die Rentenzahlungen von 22,832 Mio. Euro im Vorjahr auf 25,962 Mio. Euro. Zahlungen für Rückgewährbeträge aus Anlass des Ausscheidens von Mitarbeitern aus dem jeweiligen Versorgungswerk fielen in Höhe von 7,144 Mio. Euro (Vorjahr: 1,505 Mio. Euro) an. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 3,466 Mio. Euro (Vorjahr: 2,811 Mio. Euro). Hiervon dienen 0,33 Mio. Euro (Vorjahr: 0,66 Mio. Euro) der Rückgewähr von Beiträgen. Die Zahlungen für Versicherungsfälle lagen leicht über den prognostizierten Werten des Vorjahres, was auf den erhöhten Anstieg der Zahlung für Rückgewährbeträge zurückzuführen ist.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden im Jahresabschluss 2020 insgesamt 0,3 Mio. Euro zugeführt (Vorjahr: 0).

Die verwaltungsbezogenen Unternehmenskosten entwickelten sich folgendermaßen:

	2018	2019	2020
Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen	352.511,32 Euro	376.736,99 Euro	403.002,64 Euro
Abschlussaufwendungen	93.376,46 Euro	95.238,91 Euro	97.798,75 Euro
Verwaltungsaufwendungen	1.266.883,58 Euro	1.130.693,87 Euro	1.251.905,83 Euro
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	662.931,10 Euro	881.328,08 Euro	1.008.324,11 Euro
Summe Verwaltungskosten	2.375.702,46 Euro	2.483.997,85 Euro	2.761.031,33 Euro

Summe in % der gebuchten Bruttobeiträge	1,65 %	1,72 %	1,13 %
---	--------	--------	--------

Die Verwaltungskosten entwickeln sich insgesamt planmäßig mit dem Wachstum der Kasse. Die Verwaltungskostenquote sinkt damit infolge des starken Beitragswachstums auf 1,13 % (Vorjahr: 1,72 %).

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt im jährlichen Turnus. Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle.

Deckungsrückstellung (Mio. Euro)	2018	2019	2020
Grundversorgung (VTV)	1.370,908	1.500,121	1.725,197
Höherversorgung	128,912	138,696	160,543
Direktversicherung	34,377	33,129	35,328
BTVA	32,216	50,436	79,139
Gemäß vers.-math. Berechnung	1.566,412	1.722,383	2.000,207
pauschale Zusatzreserve	31,576	40,438	4,529
Gesamt	1.597,988	1.762,821	2.004,736

Entsprechend der versicherungsmathematischen Berechnung ergibt sich per 31.12.2020 ein Betrag in Höhe von 2.000,207 Mio. Euro (Vorjahr: 1.722,383 Mio. Euro). Zusätzlich wurde die pauschale Zusatzreserve mit einem Betrag von 4,529 Mio. Euro neu aufgebaut, nachdem die per 31.12.2019 vorhandene Pauschale vollständig in die berechnete Deckungsrückstellung eingeflossen ist. Im Vorjahr waren der Pauschalen Deckungsrückstellung 8,862 Mio. Euro zugeführt worden. Insgesamt ergibt sich damit eine Zuführung zur Deckungsrückstellung in Höhe von 241,916 Mio. Euro (Vorjahr: 164,832 Mio. Euro). Die Zuführung zur Deckungsrückstellung entspricht somit dem geplanten Aufwand von ca. 240 Mio. Euro.

Die Kasse beschäftigt aktuell neben dem Vorstand 26 Mitarbeiter. Für die nächsten Jahre ist ein dem Wachstum der Kasse geschuldeter moderater weiterer Personalaufbau vorgesehen.

Ertragslage

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Zuführung zur pauschalen Zusatzreserve beträgt im Geschäftsjahr 24,11 Mio. Euro (Vorjahr: 17,75 Mio. Euro). Im Jahr 2020 wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde die pauschale Zusatzreserve, welche im Zuge der Niedrigzinsproblematik zur Finanzierung einer Absenkung des Rechnungszinses in den Bestandsverträgen eingesetzt werden soll, um 4,53 Mio. Euro erhöht. Daher verbleibt vor Dotierung der RfB und vor Steuern ein Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 19,58 Mio.

Euro (Vorjahr: 8,89 Mio. Euro). Die RfB wird für das Geschäftsjahr 2020 mit 0,29 Mio. Euro dotiert (Vorjahr: 0). Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen wie im Vorjahr nicht an, so dass sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 19,29 Mio. Euro (Vorjahr: 8,89 Mio. Euro) ergibt, welcher in voller Höhe der Verlustrücklage zugeführt wird. Ein Bilanzgewinn entsteht wie im Vorjahr nicht.

Finanzlage

Die Liquiditätslage stellt sich wie in den Vorjahren positiv dar. Die Summe aus Beitragseinnahmen und zufließenden Kapitalerträgen übersteigt die Ausgaben für Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten deutlich. Die Differenz aus gebuchten Bruttobeiträgen und zugeflossenen Kapitalerträgen einerseits sowie Zahlungen für Versicherungsfälle und Verwaltungskosten andererseits beträgt rund 262,0 Mio. Euro (Vorjahr: 172,5 Mio. Euro).

Die Eigenkapitalsituation der Kasse wurde im Jahr 2020 dadurch verbessert, dass die Mitglieder des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit zusätzliche Einzahlungen in den Gründungsstock in Höhe von insgesamt 19,5 Mio. Euro vorgenommen haben.

Die Solvabilität der Kasse wird im Jahresabschluss 2020 durch eine Dotierung der Verlustrücklage in Höhe von 19,29 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) weiter gestärkt. Das Verhältnis der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung ist gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert (5,1 % gegenüber 4,7 % im Vorjahr). Insgesamt entwickelte sich die Verlustrücklage im Verhältnis zur Deckungsrückstellung in den letzten Jahren folgendermaßen:

Verlustrücklage	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Wert in TEuro	74.455	83.348	102.639
in % der Deckungsrückstellung (ohne pauschale Zusatzreserve)	4,8 %	4,7 %	5,1 %

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden zum Stichtag 31.12.2020 in allen Tarifen Ausscheideordnungen auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G angewandt. Für die Altverträge mit Versicherungsbeginn bis zum Jahr 2012 sind die Sterblichkeiten im Rentnerbereich aus Sicherheitsgründen für Männer auf 65 % und für Frauen auf 75 % der Tafelwerte verringert. Für die Neuverträge ab dem Jahr 2013 werden geschlechtsunabhängige biometrische Rechnungsgrundlagen (Unisex-Tarife) angewandt, welche sich aus den o. g. modifizierten geschlechtsabhängigen Sterblichkeiten, verbunden mit unternehmensspezifischen Geschlechterverteilungen inklusive Sicherheitszuschlägen, ableiten. Diese Sterblichkeiten sind das Ergebnis regelmäßiger Überprüfungen der Rechnungsgrundlagen durch den verantwortlichen Aktuar.

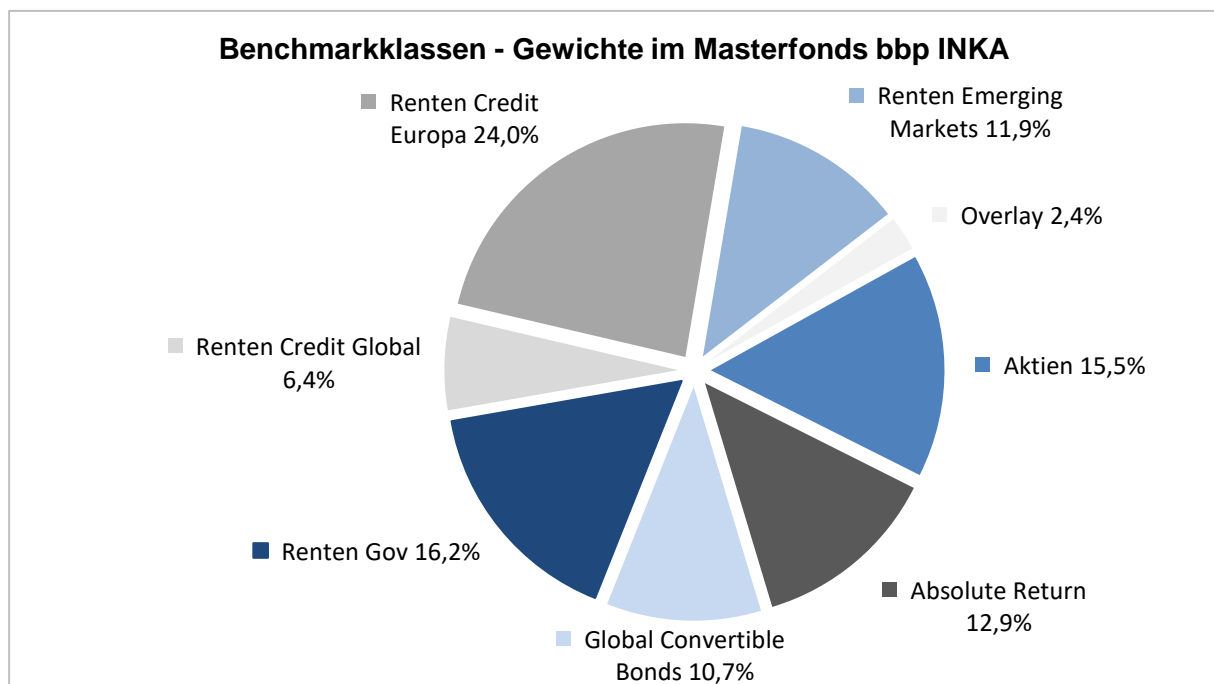
Die Alttarife (Versicherungsbeginn vor dem Jahr 2013) sind mit einem Rechnungszins von 2,75 % ausgestattet. Die in den Jahren 2013 bis 2020 abgeschlossenen Verträge haben einen Rechnungszins von 1,75 %. Alle offenen Tarife des Jahres 2021 sind mit einem Rechnungszins von 0,00 % ausgestattet.

Vermögenslage

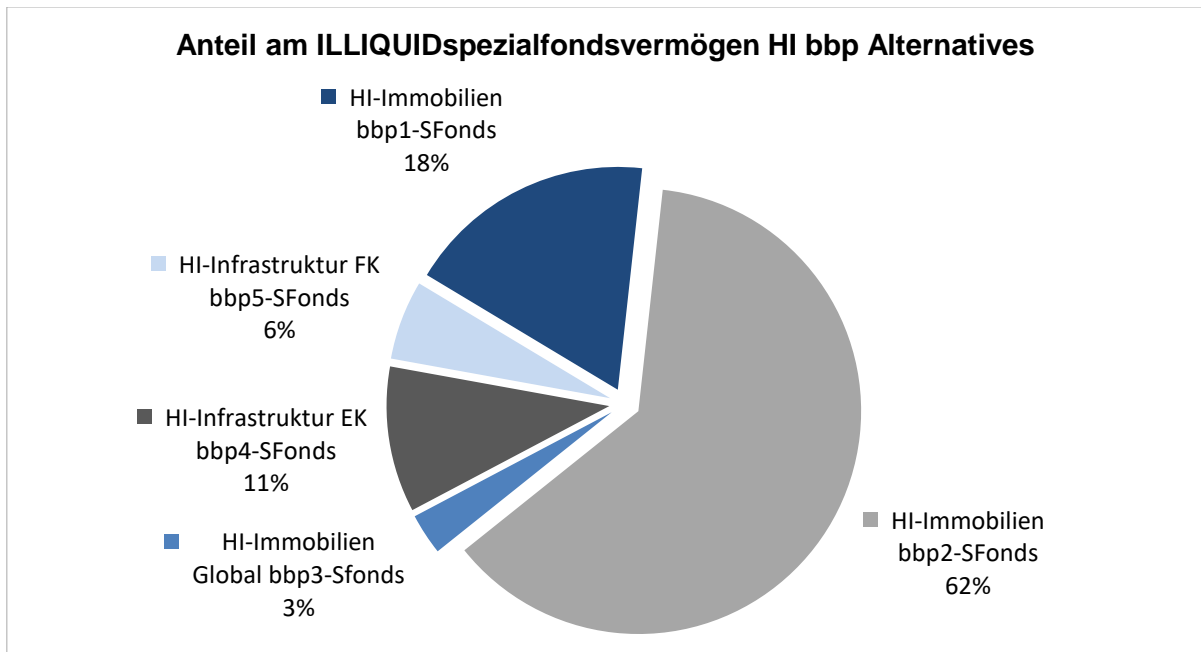
Die Kapitalanlagen stiegen im Geschäftsjahr auf 2.183 Mio. Euro (Vorjahr: 1.903 Mio. Euro). Die Vermögensaufteilung des Sicherungsvermögens nach Buchwerten – nach Ausschüttung und Wiederanlage - zeigt die folgende Tabelle:

Säulen der Kapitalanlage	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Eigenanlage mit Zinsträgern	24,8%	24,8%	28,3%
Masterfonds bbp INKA	60,7%	59,1%	52,7%
HI-bbp-Alternatives-Dachfonds	14,5%	16,1%	18,9%

Mit bbp INKA ist hierbei der Masterfonds der bbp bezeichnet. Im bbp INKA machen die Aktiensegmente 15,5 %, das Wandelanleihsensegment 10,7 % sowie die Fondsanlagen in Absolute-Return-Produkte inklusive der Volatilitätsstrategien 12,9 % aus. Die übrigen 58,5 % entfallen im Wesentlichen auf Rentensegmente und einen kleinen Kassenbestand (2,4 % des Masterfonds). Der Kassenbestand resultiert aus der Wertsicherung im Overlay-Segment.



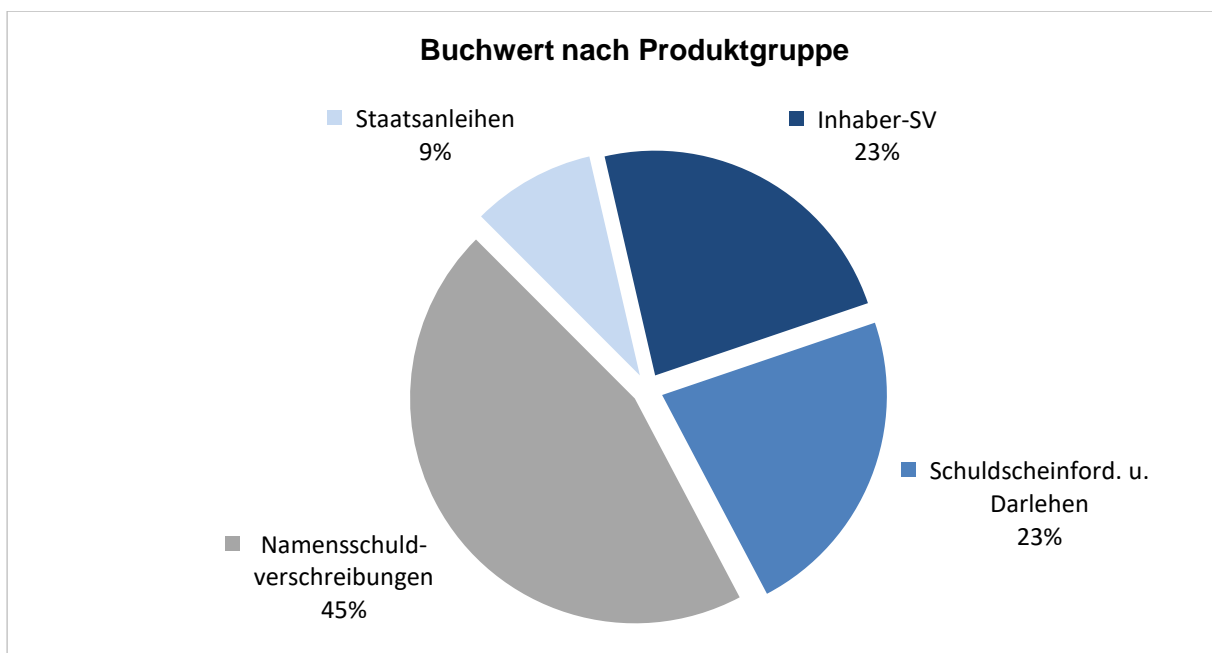
Die Immobilien- und Infrastrukturinvestments wurden im Geschäftsjahr im Rahmen der strategischen Asset Allokation weiter ausgebaut. Der Ausbau erfolgte ausschließlich durch Investitionen in den Dachfonds HI bbp Alternatives, dessen Volumen im Geschäftsjahr von 306,4 Mio. Euro auf 413,7 Mio. Euro erhöht wurde.

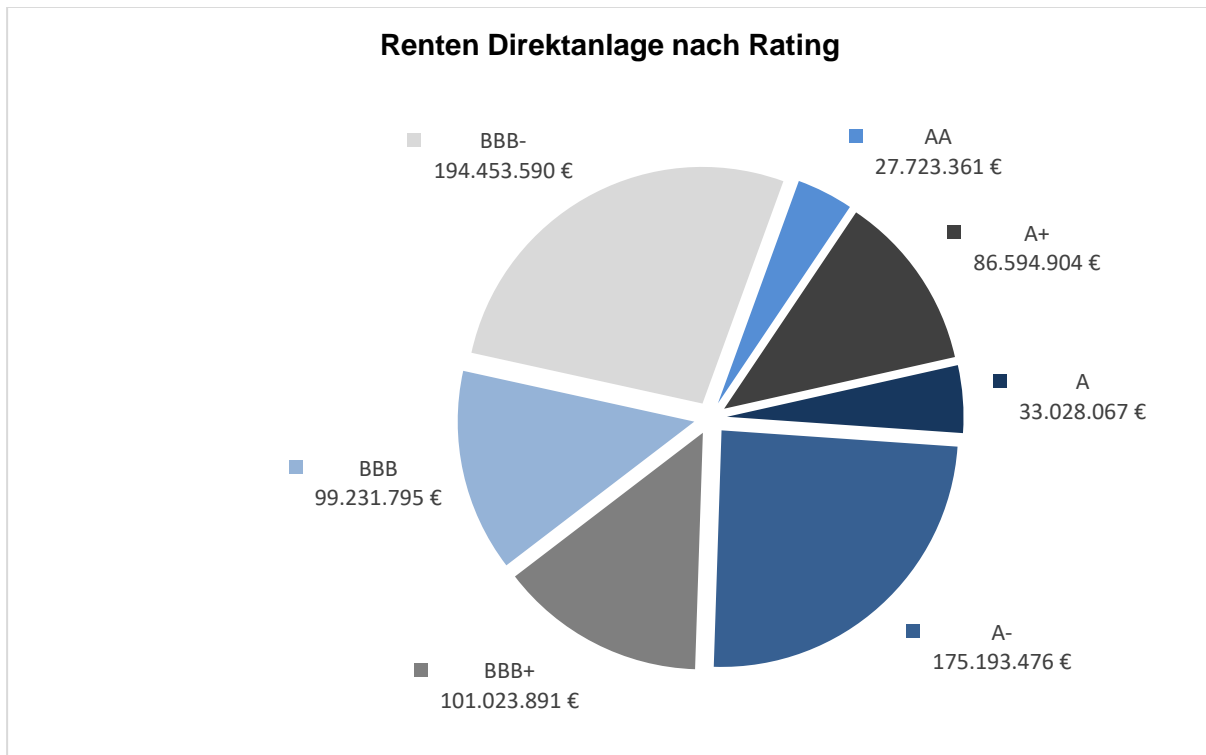


Im Bereich der Eigenanlage wurden im Jahr 2020 die Bestände an Euro-Staatsanleihen leicht reduziert. Der Bestand fällt auf 54,9 Mio. Euro (Vorjahr: 63,2 Mio. Euro). Der Bestand an Inhaberschuldverschreibungen der Eigenanlage steigt durch Investitionstätigkeit um netto 90,6 Mio. Euro auf 144,6 Mio. Euro (Vorjahr: 54,0 Mio. Euro).

Im Portfolio der Namenspapiere und Schuldscheine wurden Neuerwerbe von netto 64,0 Mio. Euro vorgenommen. Dadurch konnte der Bestand unter Berücksichtigung ablaufender Papiere und ausgeübter Kündigungsrechte auf 418,6 Mio. Euro (Vorjahr: 354,6 Mio. Euro) per 31.12.2020 gesteigert werden.

Die Allokation der Eigenanlage in Zinsträgern nach Buchwerten ist wie folgt dargestellt:





Die ordentlichen Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 54,196 Mio. Euro (Vorjahr: 57,586 Mio. Euro) und konnten somit die Planwerte erreichen (Prognose 31.12.2020 54 Mio. Euro).

Alle Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen sind dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gemäß § 341b Abs. 2 HGB gewidmet. Abschreibungen auf Finanzanlagen müssen nur vorgenommen werden, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt. Bei nicht dauernden Wertminderungen kann eine Abschreibung unterbleiben. Zum Stichtag wurden diesbezüglich keine Abschreibungen auf bestehende Kapitalanlagen vorgenommen.

Nach Berücksichtigung der beschlossenen und durchgeführten Ausschüttung wies der Masterfonds bbp INKA zum Jahresende eine stille Last in Höhe von 39,7 Mio. Euro oder 3,4 % des Buchwertes aus (Vorjahr: stille Last 42,4 Mio. Euro oder 3,8 % des Buchwertes).

Der HI bbp Alternatives (Immobilien und Infrastruktur) weist zum Jahresende inkl. Ausschüttung mit Wiederanlage insgesamt Bewertungsreserven von 24,8 Mio. Euro oder 6,0 % des Buchwertes aus (nach 16,3 Mio. Euro oder 5,3 % des Buchwertes im Vorjahr).

Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel betrug im Geschäftsjahr 2,6 % (Vorjahr: 3,2 %). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen belief sich im Geschäftsjahr auf 2,6 % (Vorjahr: 3,2 %).

Die Vermögenslage wurde aufgrund der guten Kapitalmarktergebnisse des Jahres 2020 gestärkt. Aufgrund der Wertaufholung der stillen Lasten um 2,7 Mio. Euro sowie der vorsichtig bemessenen Ausschüttung aus dem Masterfonds bbp INKA, der Fortsetzung des Aufbaus einer pauschalen Zusatzreserve, weiter stringenter Kostendisziplin und der Zuführung des Überschusses zur Verlustrücklage wurde die Eigenkapitalquote gestärkt und die notwendige

Nettoverzinsung erreicht. Die positiven Ergebnisse aus den Immobilieninvestments sowie die Verzinsung der Eigenanlage in Zinsträgern samt Neuerwerben wirkten stabilisierend auf die Aktiva. Die erfolgten Darlehensauszahlungen zur Stärkung des Gründungsstocks wirkten sich sehr positiv auf die Solvabilitätsquote der Kasse aus. Weitere Gründungsstockzusagen bestehen derzeit nicht mehr. Beschlossene Anpassungen in den Rechnungsgrundlagen ab dem Jahr 2020 bilden eine solide Grundlage für die kommenden Jahre. Als weiterhin sehr herausfordernd für die Kasse sieht der Vorstand eine mittel- und langfristig anhaltende Negativ- und Niedrigzinsphase an. Zudem können die Folgen der COVID-19-Pandemie für nachgelagerte Negativeffekte in der Wirtschaft sorgen.

Zusammenfassend ist der Vorstand mit den Entwicklungen der Kasse in 2020 nach den extremen Volatilitäten an den Kapitalmärkten zufrieden. Die wirtschaftliche Lage der bbp ist nach Meinung des Vorstandes als insgesamt befriedigend zu bezeichnen. Die ausgewiesene Nettoverzinsung betrug 2,60 % nach 3,17 % im Vorjahr. Die Solvabilitätsanforderungen sind zum Jahresende 2020 mit mehr als 192 % deutlich überdeckt. Die an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) abzugebenden Stresstests für 2020 wurden bestanden. Die Verwaltungskostenquote bleibt mit 1,13 % weiterhin niedrig. Für den Auftakt in das neue Geschäftsjahr 2021 sind bislang verhalten positive, aber auch volatile Entwicklungen zu beobachten. Daher müssen globale, politische und konjunkturelle Entwicklungen sowie Änderungen in der Notenbankpolitik weiterhin eng beobachtet werden um ggf. zeitnah reagieren zu können.

Risikobericht

Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Die Kasse betrachtet grundsätzlich den Risikobegriff von zwei Seiten, d. h. die negative wie auch die positive Abweichung der Planung. Die negative Abweichung stellt im klassischen Sinn das Risiko, die positive Abweichung stellt die Chance dar. Zur ganzheitlichen Steuerung des Unternehmens sind beide Seiten zu betrachten.

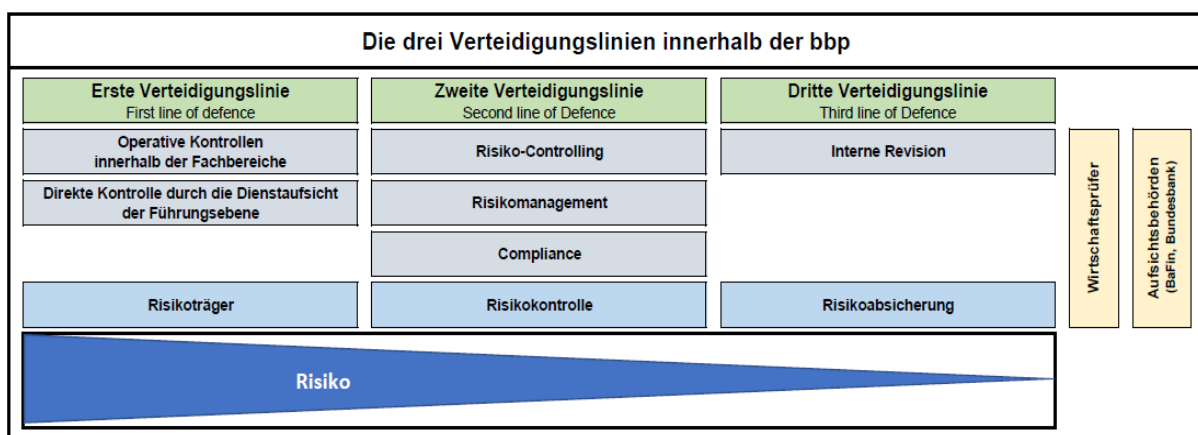
Zu den Aufgaben des Risikomanagements gehört es sowohl den Fortbestand der Kasse gefährdende Entwicklungen wie auch Chancen zur Erreichung der definierten Unternehmensziele frühzeitig zu erkennen, abzuwägen und zu managen. Das Risikomanagement der bbp verfolgt das Ziel die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern. Ein weiteres Ziel ist die Reputation der bbp und aller Mitglieder zu schützen. Dazu setzen wir ein auf alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Das Ziel ist nicht die Risikovermeidung, sondern die Optimierung des Chancen-Risiko-Profiles.

Organisation des Risikomanagements

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens stellt eine Funktionstrennung zwischen Risikoverantwortung und Risikokontrolle sicher. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt bei der Geschäftsleitung (Vorstand).

Für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie die Steuerung des Risikomanagement-Prozesses ist die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) zuständig. Ihr obliegt die Koordination der Identifikation, Bewertung und Steuerung bestehender und potentieller Risiken auf Einzelbasis. Sie überwacht das Risikoprofil des Unternehmens und berichtet darüber an den Vorstand. Die URCF wird durch zwei weitere Schlüsselfunktionen Interne Revision und Versicherungsmathematische Funktion unterstützt.

Zur Umsetzung hat sich ein dreigliedriges Risikomanagement- und Risikokontrollsystem etabliert: „Three Lines of Defense-Modell“.



Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Unsere Prozesse werden als integriertes wertorientiertes Risikomanagement umgesetzt, d. h. die Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung erfolgt durch Prozesse, die unmittelbar in die steuerungsrelevanten Geschäftsprozesse eingebettet sind.

- Die Risikoidentifikation erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoerhebung. Darüber hinaus werden zur Risikoidentifikation weitere Instrumente (bspw. Neue-Produkte-Prozess) verwendet.
- Die Risikoanalyse erfolgt unmittelbar nach Feststellung. Die Analyse wird hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Auswirkungen qualitativ sowie quantitativ erfasst.
- Die Risikobewertung erfolgt durch Vergleich mit zuvor festgelegten Kriterien aufgrund von Berechnungen bzw. Expertenschätzungen der Fachbereiche sowie durch die Anwendung von Stressszenarien.
- Zur Risikosteuerung und -bewältigung werden Maßnahmen entwickelt, welche geeignet sind, die Gefahren zu reduzieren und/oder zu vermeiden und die Folgen beherrschbar zu machen.
- Die Risikoüberwachung erfolgt anhand Risikoindikatoren. Die Dokumentation aller Vorgänge wird ebenfalls durch das Risikomanagement umgesetzt.
- Die interne Risikoberichterstattung gibt einen umfassenden Überblick über die Gesamtrisikosituation und die Auswirkungen der Einzelrisiken. Die Berichte werden vierteljährlich erstellt und sollen die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat bei der Entscheidungsfindung unterstützen.

Die Hauptrisiken der Kasse aus den Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik werden vierteljährlich aktualisiert und an den Vorstand berichtet. Dabei gelangen ESG-Kriterien immer mehr an Bedeutung. Bei wesentlichen Änderungen oder neuen Risiken erfolgt eine Ad-hoc Meldung.

Unsere erkannten Risiken sind nachfolgenden Hauptkategorien klassifiziert:

- Kapitalanlagerisiken beinhalten alle Risiken, die im Zusammenhang mit der Anlage des Vermögens der Kasse stehen.
- Versicherungstechnische Risiken beinhalten alle mit dem Leistungsversprechen verbundenen Risiken der Rechnungsgrundlagen, wie Biometrie und Zins.
- Operationelle Risiken enthalten die Risiken des operativen Geschäfts, welche durch menschliches oder technisches Versagen entstehen können.
- Strategische Risiken können sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder Geschäftsentscheidungen, die dem Wirtschaftsumfeld nicht angepasst wurden, ergeben.

Risiken der Kapitalanlage

Die strategischen Ziele in der Kapitalanlage der Kasse liegen grundsätzlich in der dauerhaften Erwirtschaftung der Gesamtverzinsung, die ausreicht, um sowohl die zugesagten Garantien als auch die notwendige Eigenkapitalausstattung der Kasse sicherzustellen. Die Anlageziele Rentabilität, Sicherheit und Liquidität werden durch interne Vorgaben und Limite in den Kapitalanlagerichtlinien sowie den Grundsatz Mischung und Streuung erreicht. Die strategische Anlagepolitik wird auf Grundlage der Ergebnisse der Asset-Liability-Studien angepasst, welche in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken erfolgt durch ein professionelles Kapitalanlagecontrolling, welches ein Teil des Gesamtrisikomanagements und die Aufgabe der unabhängigen Kontrollinstanz innerhalb des Investmentprozesses darstellt. Durch die Implementation eines Frühwarnsystems bleibt ausreichend Reaktionszeit für die notwendige Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagerisiken können in vier Kategorien eingeteilt werden. Marktrisiko, Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko und Liquiditätsrisiko.

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko schließt das Währungskursrisiko und Zinsänderungsrisiko ein. Über Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden die Auswirkungen negativer Kapitalmarktentwicklungen simuliert. Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand eines Parallelanstiegs/-rückgangs der Zinskurve um absolut +/- 1% ergibt eine Reduktion bzw. Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen (1.550,8 Mio. Euro) um -/+ 93 Mio. Euro. Ein großer Teil der Kapitalanlagen im Masterfonds für die liquiden Investments besteht aus festverzinslichen Wertpapieren, wodurch das Zinsänderungs- und Spreadrisiko einen sehr großen Einfluss auf die Wertschwankung der Kapitalanlagen haben. Durch eine breite Diversifikation sowie einer Buy-and-Hold-Strategie in der Direktanlage wird diesem Risiko begegnet. Die Diversifikation erfolgt nicht nur auf Ebene der Anlageklasse, sondern auch in regionaler sowie sektoraler Hinsicht. Bei der Auswahl des Direktbestands werden vorzugsweise Namenspapiere oder Schulscheindarlehen gewählt, um diese im Anlagevermögen zum Nennwert bzw. fortgeführten Anschaffungswert zu bilanzieren. Bei dem Dachfonds für die illiquiden Investments, welcher hauptsächlich aus Immobilienfonds besteht, wird auf die Expertise der KVG sowie auf die Fokussierung auf Spitzenobjekte (Core und Core+) gesetzt. Anhand des Risikotragfähigkeitskonzepts wird ein Risikobudget berechnet, mit Hilfe dessen das Risiko-Overlay die Marktrisiken sichert. Beide Fonds können über breite Diversifikation die Wertschwankungen ausgleichen und werden zudem als Anlagevermögen bilanziert.

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Ausfalls oder aufgrund einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung von Bonität (Credit-Spread) von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldern, gegenüber denen der Emittent Forderungen hat, ergibt. Das Kreditrisiko zeichnet sich bei der Kasse hauptsächlich im Bereich der

Kapitalanlagen aus, da das Ausfallrisiko der Gegenparteien der Versicherungsseite nicht relevant ist. Dem Kreditrisiko wird durch breite Streuung der Kapitalanlage sowie ein umfassendes Limitsystem begegnet. Des Weiteren umfasst der Kreditüberwachungsprozess der Kasse neben der eigenen Bonitätsprüfung von Neuanlagen (der Direktanlage) eine regelmäßige Aktualisierung der Bestandsschuldner sowie der Beratung im Kreditkomitee. Infolge einer Bonitätsverschlechterung werden außerordentliche Maßnahmen von Vorstand, Kapitalanlage und Risikomanagement besprochen, dokumentiert und umgesetzt.

Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die gemeinsam ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Durch eine breite Diversifikation, ein permanent überwacht Limitsystem sowie der Einhaltung der Grundsätze zur Mischung und Streuung bewältigt die Kasse dieses Risiko.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen auf Grund mangelnder Fungibilität nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Aufgrund des jungen und stark wachsenden Bestandes liegen die Beitragseinnahmen deutlich über den Rentenauszahlungen, wodurch das Liquiditätsrisiko diesbezüglich eine untergeordnete Rolle spielt. Durch die Anlage in illiquide Investments über den Dachfonds gibt es regelmäßige Kapitalabrufe, was allerdings zu einem Liquiditätsrisiko führen könnte. Mit Hilfe einer mehrstufigen (kurz- und mittelfristigen) Liquiditätsplanung über alle Liquiditätsströme der Kasse sowie aller Kapitalanlagen wird dieses Risiko permanent überwacht.

Das aktuell größte Risiko besteht allerdings bei einer stark wachsenden Kasse mit Beitrags-einnahmen von ca. 250 Mio. Euro (bei 2.000 Mio. Euro Deckungsrückstellung) in dem Neuanlagerisiko durch das Niedrigzinsniveau. Auch im abgelaufenen Jahr gab es keine Verbesserung der Neu- und Wiederanlagebedingungen bei der aktuellen Niedrigzinsproblematik, wodurch die Ertragskraft der bbp weiterhin beeinträchtigt ist. Die Chance zur Erreichung der notwendigen Garantieverzinsung sieht die Kasse in alternativen Investitionsmöglichkeiten, die identifiziert und geprüft werden müssen. Des Weiteren werden Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheiten in der Rechnungsgrundlage Zins vorgenommen, welche die Änderung der Kapitalanalagestructur als risikoreduzierende Maßnahme in der Niedrigzinsphase ergänzt.

Hinzu kam im abgelaufenen Jahr die immer noch andauernde COVID-19-Pandemie, welche im Frühjahr zu einem starken Einbruch der Marktwerte der Kapitalanlagen geführt hat. Im Laufe des Jahres konnte sich die Situation aber wieder entspannen, sodass das Kapitalanlageergebnis im Jahr 2020 insgesamt erfolgreich war.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Die Rechnungsgrundlagen bestehen aus Annahmen zur Biometrie, zum Zins und zu den Kosten.

Das Risiko der Abweichung zur angenommenen Biometrie wird hauptsächlich durch das Langlebigkeitsrisiko sowie durch Abweichungen der Invaliditätsannahmen bestimmt. Aufgrund dessen wurde bei der Kalkulation der Tarife in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) ausreichend Sicherheit in den Rechnungsgrundlagen eingerechnet. Durch jährliche Berechnung des Risikoergebnisses, Untersuchungen der Verantwortlichen Aktuarin im Dreijahresrhythmus sowie internen Untersuchungen durch die versicherungsmathematische Funktion (VMF) wird analysiert, ob die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen für die tatsächlichen Versorgungsfällen ausreichend kalkuliert sind.

Durch die aktuelle COVID-19-Pandemie konnte bisher keine signifikante Abweichung der einkalkulierten Sterblichkeit der Kasse festgestellt werden. Im Folgejahr werden die biometrischen Rechnungsgrundlagen durch die Versicherungsmathematische Funktion untersucht und falls erforderlich eine umfangreiche Untersuchung der Verantwortlichen Aktuarin durchgeführt.

Das Zinsrisiko ist durch das weiterhin andauernde Niedrigzinsumfeld das größte versicherungstechnische Risiko für die Kasse. Die älteren Versicherungstarife hatten bis zum 31.12.2019 einen Rechnungszins von 3,50 % bzw. 3,25 %. Neuere Verträge ab 2012 haben einen Rechnungszins von 1,75 %. Mit der BaFin wurde eine Absenkung der hohen Rechnungszinsen drei Schritten auf letztlich 1,75 % im Jahr 2025 abgestimmt und durch die Vertreterversammlung der bbp beschlossen. Der erste Absenkungsschritt erfolgte zum 01.01.2020, in dem alle o. g. Tarifgenerationen auf einen Rechnungszins von 2,75 % abgesenkt werden. Hierdurch konnte eine erhebliche Entlastung des durchschnittlichen Rechnungszins auf 2,59 % (2019: 3,26 %) erfolgen. Für die weiteren Absenkungsschritt wird auch weiterhin in den Folgejahren eine pauschale Erhöhung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Auf die Höhe der Leistungen hat die Absenkung keine Auswirkung. Darüber hinaus wurde mit der BaFin ab 2021 ein Rechnungszins von 0,00 % für alle offenen Tarife besprochen, was ebenfalls von der Vertreterversammlung beschlossen wurde. Die Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit im Risiko Zins werden über interne Prognoserechnungen sowie in Abstimmung mit der BaFin dauerhaft geprüft.

Die in den Rechnungsgrundlagen einkalkulierten Kosten sind aktuell ausreichend. Das Kostenergebnis, welches jährlich geprüft wird, ist in allen Tarifen positiv und kann auf die hohe Effizienz und Automatisierung der Verwaltung zurückgeführt werden.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko aufgrund von fehlerhaften internen Prozessen oder durch mitarbeiter- oder systembedingten bzw. externen Vorfällen.

Das grundlegende Element zur Risikobewältigung stellt das IKS dar. Die Grundlage des IKS liegt in dem Organisationshandbuch der Kasse, welches alle relevanten Leitlinien und Vorgaben der einzelnen Fachbereiche sowie das Management der Berechtigungen, Vollmachten

und Vertretungsregelung beinhaltet. Die Hauptprozesse der Kasse sind identifiziert und unterliegen einem strikten 4-Augen-Prinzip.

Die wesentlichen Risiken aus dem laufenden Geschäftsbetrieb bestehen aus einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme. Gegen solche Gefahren schützt sich die bbp durch Datensicherungen sowie den Einbezug des SWR und des Informations-Verarbeitungs-Zentrums der ARD als externe Dienstleister. Die hieraus entstehenden Risiken unterliegen einem Überwachungs- und Kontrollprozess, welcher durch den IT-Sicherheitsbeauftragten koordiniert und geprüft wird.

Fazit zur Risikolage

Der Risikomanagementprozess der bbp wird von der URCF koordiniert, überwacht und kontrolliert. Bestandgefährdende Risiken, die zur Verfehlung der regulatorischen und strategischen Ziele führen, sind aktuell innerhalb der vorgegebenen Risikomaße. Bis auf die dargestellten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ist die Risikolage im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend unverändert.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 95,5 Mio. Euro (Vorjahr: 83,1 Mio. Euro) sind gedeckt durch Eigenmittel, sodass die Solvabilitätsquote von 192 % (Vorjahr: 174 %) eine aktuell angemessene Eigenmittelausstattung ausweist.

Chancenbericht

Die bbp hat sich als Pensionskasse mit hauptsächlich Rückdeckungsversicherungen stetigen den Anforderungen der Mitglieds- und Trägerunternehmen angepasst. So wurde auch im Jahr 2017 die Änderungen des Versorgungstarifvertrags sowie den neu unterzeichneten Beitrags-tarifvertrags Altersversorgung umgesetzt. Durch die lange Laufzeit bis 2031 der o. g. Tarifverträge besteht für die Kasse eine große Chance weiter zu wachsen und den Bestand auszubauen.

Die Kasse hat auch vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase großes Potential durch Übernahme von bisher nicht rückgedeckten Versorgungsverpflichtungen durch Einmalbeitrag oder über eine Liquidationsdirektversicherung. Aufgrund dessen ist der Anteil an Beiträgen auch die kommenden Jahre deutlich größer als der Anteil der zwar steigenden, aber noch geringen Leistungszahlungen, wodurch der Kasse stetig liquide Mittel zur Verfügung stehen.

Durch das speziell auf die bbp angepasste Verwaltungssystem für Versicherungsverträge sowie der Rentenzahlungen, schafft es die Kasse mit kleinem Personalbestand und schlanken Verwaltungsapparat die vielen Versicherten sowie die Arbeitgeber zufrieden zu stellen. Aufgrund weiterer Automatisierung der Verwaltungsprozesse besteht die Chance die Kostenquote dauerhaft weiter zu reduzieren.

Ein großes Thema im Jahr 2020 war die Digitalisierung. Mit ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie wurde für alle Mitarbeiter die Möglichkeit auf Homeoffice sichergestellt, was insbesondere einen großen Schritt zur Digitalisierung der Arbeitsprozesse und -dokumente vorangetrieben hat. Das aktuell schon zur Verfügung stehende digitale Arbeitgeber-Portal, über welches die Arbeitgeber die aktuellen Verträge einsehen und Probeberechnungen erstellen können, wird im kommenden Jahr weiter ausgebaut. Hierdurch wird nicht nur auf den Wandel betreffend die Personalsituation bei den Trägerunternehmen reagiert, sondern auch ein einfacher und sicherer Datenaustausch sowie effiziente Prozesse sichergestellt. Die Digitalisierung der Kommunikationswege stellt auch eine Chance für moderne Arbeitskonzepte mit bspw. mobilem Arbeiten oder Home-Office dar, was grundsätzlich auch die Attraktivität der bbb als Arbeitgeber erhöht.

Prognosebericht

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den folgenden Hauptleistungsfaktoren geprägt.

- Beiträge
- Leistungen für Versicherungsfälle
- Zuführung zur Deckungsrückstellung
- Ergebnis aus Kapitalanlagen

Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der bbb in all diesen Faktoren weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitragseinzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen werden. Die Versicherungsbeiträge werden - insbesondere in den nächsten Jahren bis zur Vollendung der Rechnungszinsabsenkung in 2025 - deutlich steigen, wohingegen die Leistungen für Versicherungsfälle aufgrund des älter werdenden Bestands moderat ansteigen werden. Beide Effekte führen dazu, dass die Zuführung zur Deckungsrückstellung bis 2025 signifikant steigt und danach allmählich zurück geht. Die Erträge der Kapitalanlage steigen moderat mit dem Wachstum des Sicherungsvermögens.

Die Anzahl der Bezieher einer Versorgungsleistung wird sich unter Berücksichtigung des bisherigen Zugangs an Rentnern im Geschäftsjahr 2021 auf voraussichtlich ca. 3.500 (Vorjahr: 3.122) erhöhen. Damit wird der Gesamtbetrag der zu zahlenden Versorgungsleistungen auf monatlich ca. 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) steigen.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird gegenüber dem Berichtsjahr insgesamt ein leichter Rückgang der laufenden Beitragseinnahmen erwartet, da das natürliche Wachstum die wegfallenden einmaligen Effekte aus der Rechnungszinsabsenkung im Jahr 2020 nicht ganz kompensieren wird.

In den letzten Jahren haben die Trägerunternehmen Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals der Kasse durchgeführt. Hierdurch wurde die Finanzlage der Kasse nachhaltig gestärkt. Darüber hinaus werden in den Jahren bis 2025 die Rechnungszinsen für die für den Neuzugang geschlossenen Alttarife schrittweise weiter reduziert und Neuverträge nur noch mit einem Rechnungszins von 0% ausgestattet. Hierdurch werden die jährlichen Beitragseinnahmen

zusätzlich steigen und die Ertrags- und Liquiditätssituation der Kasse weiter verbessern. Risiken und weitere Chancen für das Ergebnis der bbb in den nächsten zwei Jahren ergeben sich zwar weiterhin vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen. Die stufenweise Absenkung der Rechnungszinsen für die Alttarife wird aber die Risiken sukzessive reduzieren.

Die Mischung der Kapitalanlagen im Sicherungsvermögen wird auch weiterhin mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der bbb kontrolliert gesteuert. Zwecks Optimierung der strategischen Asset Allokation wird Anfang des Jahres 2021 eine aktualisierte ALM-Studie fertiggestellt. Die Eigenanlage mit Zinsträgern hat sich auf die Ertragslage der Kasse stabilisierend ausgewirkt und soll auch in 2021 im Rahmen der Grenzen der Anlageverordnung fortgesetzt und – soweit es die Zinssituation zulässt – ausgeweitet werden.

Die Anlagegrundsätze des § 124 VAG und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen bleiben gewahrt.

Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte geht der Vorstand davon aus, dass sich ein Jahresüberschuss im Jahr 2021 leicht unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 erzielen lässt, der auch ausreichen wird, um Zuführungen zur RfB und Einstellung in das Eigenkapital sicherzustellen. In Verbindung mit den beschlossenen Stärkungsmaßnahmen stellt sich die Finanzsituation der Kasse insgesamt als gut dar.

Das COVID-19-Virus bleibt auch im Jahr 2021 ein Risikofaktor für die Kasse. Die weitere Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, wie schnell es gelingt, die Ausbreitung des Virus und seine wirtschaftlichen Folgen nachhaltig einzudämmen. Als Reaktion auf den COVID-19-Virus haben sowohl Geld- als auch Fiskalpolitik sehr expansiv reagiert, auch wenn ihre Handlungsspielräume vielerorts aufgrund bereits negativer Zinsen und rekordhoher Schulden begrenzt sind. Die Langzeitwirkung dieser Maßnahmen sowie die weiter ungewisse unmittelbare Wirkung des Virus auf die weltweite Finanzwirtschaft stellen Risiken für das Eintreffen der in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen für das kommende Geschäftsjahr und die Erreichung der Planziele dar. Im Übrigen wird sich die Risikolage der Kasse voraussichtlich proportional mit dem Wachstum der Kasse weiter entwickeln.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen EUR	Witwer EUR	Waisen EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	10.797	11.752	1.195	1.321	19.117.887	170	56	61	1.196.148	216.065	133.421
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	897	1.087	157	183	2.916.152	20	4	5	138.823	5.157	12.266
2. sonstiger Zugang					359.841				24.986	4.861	3.543
3. gesamter Zugang	897	1.087	157	183	3.275.992	20	4	5	163.809	10.017	15.809
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	18	13	23	12	318.956	2	2	1	21.198	3.227	289
2. Beginn der Altersrente	119	143									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	11	22									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			2	1	9.744	2		5	12.210		12.012
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	14	18									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	17	16									
7. sonstiger Abgang	46	39			6.743				1.341	102	881
8. gesamter Abgang	225	251	25	13	335.443	4	2	6	34.749	3.329	13.181
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	11.469	12.588	1.327	1.491	22.058.436	186	58	60	1.325.208	222.753	136.048
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	892	1.515									
2. lebenslange Altersrenten	11.469	12.588	1.327	1.491	22.058.436						

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Jahresbilanz zum 31.12.2020

	31.12.2020		31.12.2019	
	EURO	EURO	EURO	EURO
AKTIVA				
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten.		1.044.004,98	1.044.004,98	855.926,16
B. Kapitalanlagen				
I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.569.086.159,79		1.431.204.583,30
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		199.521.682,55		117.370.410,71
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	279.610.347,95			177.111.321,93
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>139.000.000,00</u>			<u>177.500.000,00</u>
		<u>418.610.347,95</u>		<u>354.611.321,93</u>
			2.187.218.190,29	1.903.186.315,94
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	6.737.328,38			0,00
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>58.872,50</u>			<u>29.316.546,94</u>
		6.796.200,88		29.316.546,94
II. Sonstige Forderungen		<u>348.513,27</u>		<u>678.754,46</u>
davon: - aus Steuern: 4.707,00 Euro (Vorjahr: 385.337,63 Euro)			7.144.714,15	59.311.848,34
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen		37.636,00		41.782,18
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>1.972.389,35</u>		<u>5.294.173,30</u>
			2.010.025,35	5.335.955,48
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		10.350.775,35		9.772.797,05
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>19.742,10</u>		<u>40.103,40</u>
			10.370.517,45	9.812.900,45
SUMME DER AKTIVA		<u>2.207.787.452,22</u>	<u>1.949.186.399,43</u>	

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Baden-Baden, den 26.02.2021

Der Treuhänder:

(Hiss)

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Jahresbilanz zum 31.12.2020

	31.12.2020		31.12.2019	
	EURO	EURO	EURO	EURO
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	81.984.453,27			62.504.920,24
Summe I.		81.984.453,27		62.504.920,24
II. Gewinnrücklagen				
- Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		102.639.096,40		83.347.500,34
III. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
			184.623.549,67	145.852.420,58
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		2.004.736.394,48		1.762.820.602,09
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		3.446.278,50		2.811.345,69
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>293.817,97</u>		<u>0,00</u>
			2.008.476.490,95	1.765.631.947,78
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.509.390,23		1.245.626,34
II. Sonstige Rückstellungen		<u>417.756,00</u>		<u>340.541,36</u>
			1.927.146,23	1.586.167,70
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		12.347.486,29		3.855,19
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		<u>0,00</u>		<u>35.287.539,26</u>
		12.347.486,29		35.291.394,45
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>412.779,08</u>		<u>824.468,92</u>
davon: - aus Steuern: 35.512,80 Euro (Vorjahr: 422.160,78 Euro)				
			12.760.265,37	36.115.863,37
SUMME DER PASSIVA			<u>2.207.787.452,22</u>	<u>1.949.186.399,43</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung in Höhe von 2.000.207.313,45 € nach dem zuletzt am 10.11.2020 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist. Zusätzlich ist eine weitere pauschale Verstärkung in Höhe von 4.529.081,03 € gebildet.

Baden-Baden, den 09.03.2021

Die Verantwortliche Aktuarin:

(Burchhardt)

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Gewinn- und Verlustrechnung

	2020		2019	
	EURO	EURO	EURO	EURO
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
- Gebuchte Bruttobeiträge		243.632.496,09		142.172.071,20
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	51.346.748,40			57.461.892,96
b) Erträge aus Abgang von Kapitalanlagen	<u>2.849.691,53</u>			124.066,09
		54.196.439,93		57.585.959,05
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		1.000.988,48		906.946,68
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	33.509.373,16			24.785.747,18
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>634.932,81</u>			<u>-465.002,57</u>
		34.144.305,97		24.320.744,61
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
- Netto-Deckungsrückstellung		241.915.792,39		164.832.204,04
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		293.817,97		0,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	97.798,75			95.238,91
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.251.905,83</u>			<u>1.130.693,87</u>
		1.349.704,58		1.225.932,78
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.008.324,11			841.248,09
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00			0,00
c) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>54.295,24</u>			<u>40.079,99</u>
		<u>1.062.619,35</u>		<u>881.328,08</u>
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		20.063.684,24		9.404.767,42
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		309.870,33		432.256,86
2. Sonstige Aufwendungen		<u>1.081.958,51</u>		<u>945.139,96</u>
			<u>-772.088,18</u>	<u>-512.883,10</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			19.291.596,06	8.891.884,32
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,00	0,00
5. Jahresüberschuss			19.291.596,06	8.891.884,32
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
- in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			<u>19.291.596,06</u>	<u>8.891.884,32</u>
7. Bilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Anhang

Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG mit Sitz in Baden-Baden, registriert bei der BaFin unter der Register-Nummer 2251 K, wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuch (HGB), unter Beachtung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt. Darüber hinaus wurden die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) beachtet.

Die Deckungsrückstellung wird auf Beschluss der Vertreterversammlung seit dem Jahr 2001 jährlich berechnet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren.

Die Anteile an Investmentfondsvermögen für den bestehenden Geldmarktfonds sind aufgrund ihrer kurzfristigen Anlagedauer und geplanten Umschichtung in andere Anlageformen nach den Bewertungsvorschriften des Umlaufvermögens zu bewerten. Der Zeitwert des Geldmarktfonds wurde mit dem Rücknahmepreis ermittelt.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen und werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Namensschuldverschreibungen nach § 341c Abs. 1 HGB wurden mit dem Nennwert bilanziert, der grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Schuldscheinforderungen und Darlehen nach § 341c Abs. 3 HGB und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Sofern die Anschaffungskosten vom Nennwert abweichen, wird die Differenz entsprechend der Effektivzinsmethode amortisiert. Nullkuponanleihen werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen wurden zum Nennwert bilanziert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind zum Nominalwert angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten für Zinsen und Mieten und für sonstige Rechnungsabgrenzungen wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des technischen Geschäftsplans. Bei den bis zum 20.12.2012 abgeschlossenen Tarifen werden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck und ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde gelegt. Dabei wurden in allen Tarifen die Rentnersterblichkeiten für Männer mit 65 % und für Frauen mit 75 % der ursprünglichen Richttafelwerte angesetzt. Für Neuverträge ab dem 21.12.2012 werden in allen Tarifgruppen sowohl die Beiträge als auch die Deckungsrückstellung mit Unisex-Rechnungsgrundlagen auf Grundlage der o. g. Biometrie und der kassenspezifischen Geschlechtermischung mit einem Rechnungszins von 1,75 % ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde bezogen auf den Einzelfall auf Basis der Meldungen der Mitglieder gebildet. Für nach dem Stichtag bis zum 31.01.2021 bekannt gewordene Schadenfälle, die das Geschäftsjahr betreffen, wurde eine Spätschadenrückstellung gebildet. Diese umfasst neben den nachzuzahlenden Renten auch die notwendige Auffüllung der Deckungsrückstellung. Darüber hinaus wurde eine Spätschadenrückstellung für noch später im Jahr bekanntwerdende Leistungsfälle aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB) wird mit den Teilen des Jahresergebnisses gefüllt, welche nicht zur Eigenkapitalstärkung oder zur Vorfinanzierung von Rechnungszinsabsenkungen benötigt werden. Auszahlungen aus der RfB reduzieren diese. Die genaue Entwicklung ist in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Die Rückstellungen für arbeitgeberfinanzierte Pensionen wurden unter Berücksichtigung der Regelungen des BilMoG nach der „Projected Unit Credit“-Methode ermittelt. Der Berechnung wurde der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Rechnungszinsfuß von 2,30 % zum Stichtag 31.12.2020 zu Grunde gelegt. Die Berechnung erfolgte auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck. Bei der Berechnung wurde ein langfristiger Einkommenstrend von 2,5 % p. a. und ein Rententrend von 1,5 % p. a. unterstellt. Fluktuation wurde mit dienstjahresabhängigen Sätzen von 3,8 % im ersten Jahr bis 0,0 % bei langen Dienstzeiten angesetzt.

Für Bilanzstichtage nach dem 31.12.2015 verlangt der Gesetzgeber mit dem § 253 Abs. 6 HGB eine jährliche Doppelbewertung des Erfüllungsbetrages der Pensionsverpflichtungen – zum einen auf Basis des Zinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten zehn Geschäftsjahre und zum anderen der letzten sieben Geschäftsjahre. Der Unterschiedsbetrag ist in jedem Jahr im Anhang darzustellen.

Der Zinssatz zur Abzinsung der Pensionsrückstellungen wird mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre ermittelt. Dabei wird wie bisher die Restlaufzeit der Verpflichtung mit 15 Jahren angesetzt. Würde der durchschnittliche Marktzinssatzes nur über die letzten 7 Jahre ermittelt, ergäbe sich ein Zinssatz von 1,60 %.

Die Anwendung des Zinssatzes von 2,30 % führt gegenüber dem Zinssatz von 1,60 % zu einem um 306.679 Euro geringeren Rückstellungswert. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre.

Die Rückstellungen für arbeitnehmerfinanzierte Versorgungsleistungen, die im Rahmen der Höherversorgung zugesagt wurden, wurden entsprechend der Grundsätze für die Bewertung wertpapierbezogener Zusagen mit den o. g. Rechnungsgrundlagen für die Höherversorgung ermittelt.

Sonstige Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Andere Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Verteilung der Personal- und Sachaufwendungen auf die Funktionsbereiche erfolgt soweit möglich direkt. Nicht direkt zurechenbare Kosten wurden nach geeigneten Verteilungsschlüsseln auf die Funktionsbereiche Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen, Abschluss von Versicherungsverträgen, Verwaltung von Versicherungsverträgen und Verwaltung von Kapitalanlagen aufgeteilt. Aufwendungen, die diesen Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, wurden unter dem Posten „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen sowie dem nichtversicherungstechnischen Bereich zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sonstige Kapitalanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sonstigen Kapitalanlagen ist auf Seite 31 dargestellt. Die Buch- und Zeitwerte der Sonstigen Kapitalanlagen, die dem Sicherungsvermögen der Kasse zugerechnet werden, ergeben sich gemäß der untenstehenden Tabelle. Zusätzlich hält die bbp zum Bilanzstichtag im freien Vermögen einen Anteil in Geldmarktfonds i. H. v. 4.181.487,41 Euro.

Kontogruppe	Buchwert	%	Marktwert	%	Bewertungsreserven	% vom Buchwert
Direktanlage Zinsträger	618.132.031	28,3	717.249.084	31,6	99.117.053	16,0
liquid Masterfonds bbp INKA	1.151.234.458	52,7	1.111.561.223	49,0	-39.673.234	-3,4
illiquid HI-bbp-Alternatives	413.670.215	18,9	438.513.017	19,3	24.842.802	6,0
Gesamt	2.183.036.703	100,0	2.267.323.324	100,0	84.286.621	3,9

Der Zeitwert des Masterfonds bbp INKA für liquide, börsengehandelte Wertpapiere wurde mit dem Rücknahmepreis ermittelt, der Zeitwert für die nicht börsengehandelten Anteile an Investmentvermögen im HI-bbp-Alternatives-Fonds wurde zu Rücknahmepreis errechnet, der Zeitwert der börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen wurde aus dem Börsenkurs am Abschlussstichtag ermittelt, die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen und Schulscheindarlehen erfolgt auf Basis unterlegter Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität des Emittenten mittels finanzmathematischer Bewertungsverfahren.

Im Bereich der Eigenanlagen in Zinsträger weist die überwiegende Anzahl der Positionen stille Reserven aus. Die Summe der stillen Lasten aus Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen liegt dabei bei 372 TEUR bzw. 107 TEUR. Der Investmentprozess der bbp überwacht fortwährend die Bestände und bespricht Auffälligkeiten im Kreditkomitee.

Der Masterfonds bbp INKA weist eine stille Last von 39,7 Mio. Euro nach Ausschüttung und Wiederanlage von 23,0 Mio. Euro für 2020 aus (Vorjahr: stille Last 42,4 Mio. Euro nach Ausschüttung). Die stille Last wurde nicht abgeschrieben, da diese als temporär angesehen und Wertaufholung angenommen wird. Diese Wertaufholung fand teilweise in 2020 statt. Die stille Last im Masterfonds entstand nach dem schlechten Kapitalmarktjahr 2018. Die bbp ist von der Wertaufholungsannahme überzeugt und sieht die stillen Lasten als nicht dauerhaft an. Die Begründung liegt in der Qualität und Allokation der enthaltenen Anlagen. Die Aktieninvestments werden in Namen der ersten Reihe investiert und weisen gute Dividendenrenditen aus. Ca. 70% der Anlagen im Masterfonds bbp INKA sind in Investment-Grade-Anleihen mit guten Kaufrenditen investiert. Eine breite Streuung, selbst innerhalb der Assetklassen, sorgt für gute Diversifikationseffekte.

Der Wertpapierfonds bbp INKA ist ein Masterfonds, bestehend aus 13 Segmenten. Das Ziel des Fonds ist es, durch ausgewogene Gewichtung von Aktien und Renten kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Zum Stichtag 31.12.2020 ergibt sich folgende Zusammensetzung mit Zeitwerten:

Segment	Ge- wicht	Benchmark
Aktien	15,5%	
davon	66,6%	60% STOXX Europe 600 (net) 40% MSCI World (net)
davon	33,4%	70% MSCI Europe (T+1) (gross) 30% MSCI Emerging Markets (T+1) (gross)
Absolute Return	12,9%	
davon	100,0 %	100% EONIA +250 BP
Global Convertible Bonds	10,7%	
davon	100,0 %	100% Refinitiv CB Global Focus Investment Grade

Renten Gov	16,2%	
davon	53,1%	40% iBoxx Euro Sovereigns 1-3 Yrs 15% iBoxx Euro Sovereign 7-10 Yrs 15% iBoxx Euro Sovereigns 10+ Yrs 15% iBoxx Euro Sovereigns 3-5 Yrs 15% iBoxx Euro Sovereigns 5-7 Yrs
davon	46,9%	100% Bloomberg Barclays Municipal Index Taxable Bonds
Renten Credit Global	6,4%	
davon	100,0 %	100% ICE BofA Global Broad Market Corporate ex Tier 1 ex Upper Tier 2 & Jun Subord (GTBC)
Renten Credit Europa	24,0%	
davon	75,5%	70% iBoxx Euro Corporates 30% iBoxx Euro Corporates Subordinate
davon	24,5%	100% iBoxx Euro Corporates
Renten Emerging Markets	11,9%	
davon	57,7%	85% JPM EMBI Global Diversified 15% JPM GBI-EM Global Diversified
davon	42,3%	70% JPM EMBI Global Diversified 30% JPM GBI-EM Global Diversified
Overlay	2,4%	

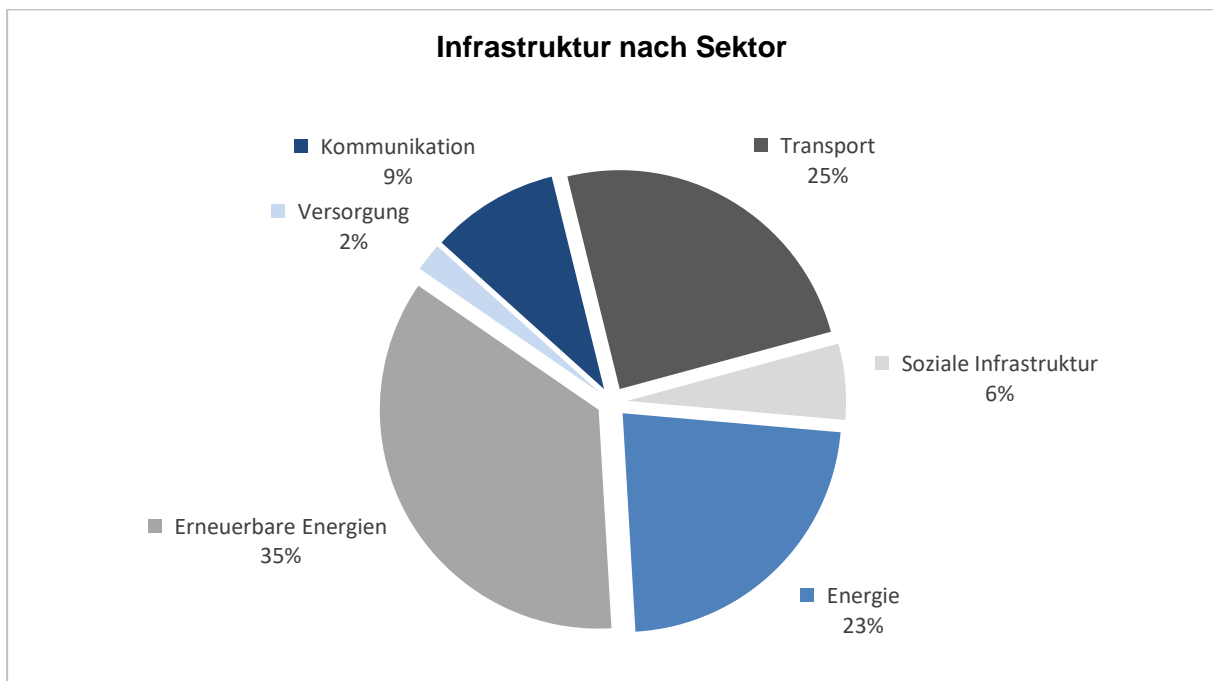
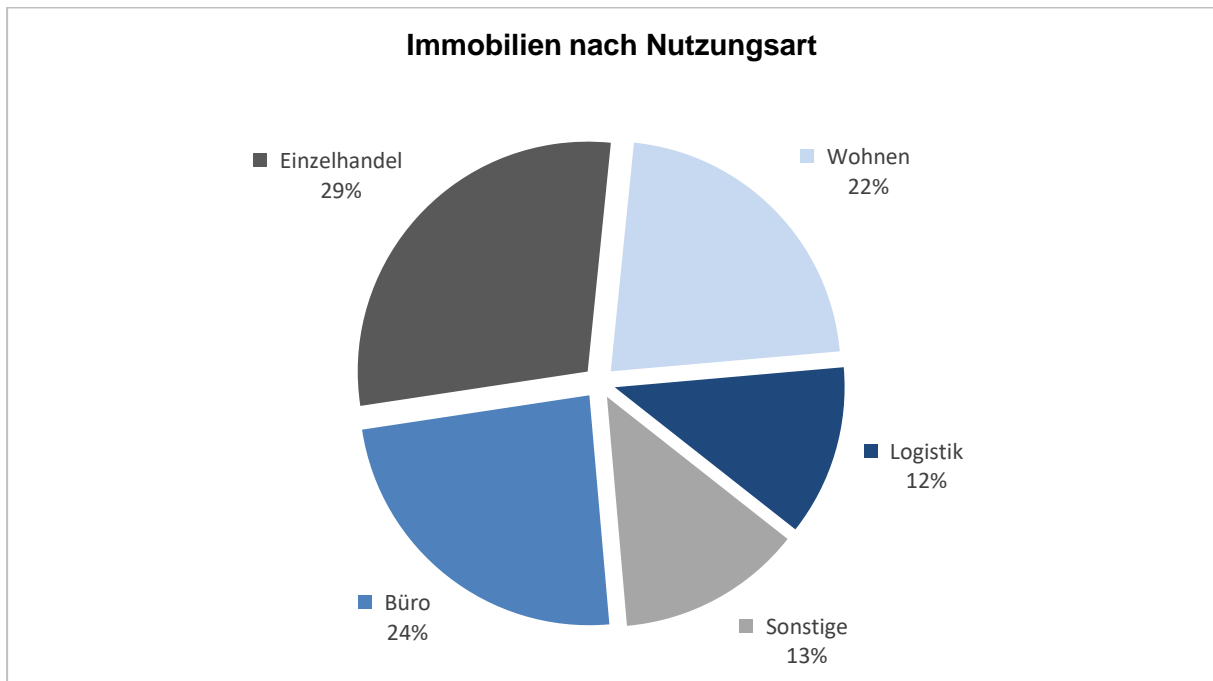
Insgesamt besteht der Fonds zu ca. 69,2 % aus Renteninvestments samt Wandelanleihen. Absolute-Return- mit Volatilitäts-Investments summieren sich auf 12,9 %. Aktieninvestments betragen 15,5 %. Im Jahr 2020 wurde eine Ausschüttung aus dem Fonds in Höhe von insgesamt 23,0 Mio. Euro bei gleichzeitiger Wiederanlage durchgeführt.

Der HI-bbp-Alternatives-Fonds ist ein Dachfonds, bestehend aus mehreren Zielfonds. Das Ziel des Fonds ist es, die Immobilieninvestments und auch die Infrastruktur-Investments der Kasse zu bündeln und dadurch kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Der Fonds ist über die verschiedenen Nutzungsarten diversifiziert. Für 2020 erfolgte eine Ausschüttung mit Wiederanlage von 9,0 Mio. Euro. Die Reserven zum Jahresultimo 2020 belaufen sich auf 24,8 Mio. Euro nach Ausschüttung.

Portfolio Allokation im HI-bbp-Alternatives

Assetklasse	Marktwert	% Marktwert
Immobilien	342.778.624	78,2%
Infrastruktur	66.230.186	15,1%
Kasse	29.590.993	6,7%
Sonstige	-86.786	0,0%
Summe	438.513.017	100,0%

Streuung innerhalb der Assetklassen Immobilien und Infrastruktur:



Der Fonds wurde im Dezember 2013 eingeführt und im Laufe der folgenden Jahre stark vergrößert und diversifiziert.

Forderungen

Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern beinhalten Beitragsforderungen aus der Grundversorgung (VTV) in Höhe von 6,16 Mio. Euro sowie kleinere Forderungen aus anderen Tarifen.

Sonstige Forderungen aus Steuern bestehen keine (Vorjahr: 385.337,63 Euro). Die Sonstigen Forderungen enthalten keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite

Der Rechnungsabgrenzungsposten „Abgegrenzte Zinsen und Mieten“ enthält ausschließlich noch nicht fällige Zinsen aus Kapitalanlagen.

Passivseite

Gründungsstock

Der Gründungsstock hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 19,5 Mio. Euro erhöht, da im Geschäftsjahr 2020 neue Darlehen ausgezahlt wurden. Der Gründungsstock wird jeweils mit dem zum 31.12. letztgültigen Nominalzins von Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren verzinst, sofern dieser Satz positiv ist.

Verlustrücklage

Die Verlustrücklage konnte mittels Zuführung des erwirtschafteten Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr um 19,29 Mio. Euro auf 102,6 Mio. Euro erhöht werden (Vorjahr: Zuführung 8,9 Mio. Euro).

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist für die Leistungsverpflichtung in Höhe ihres Wertes einschließlich bereits zugeteilter versicherungsmathematisch errechneter Überschussanteile und nach Abzug des versicherungsmathematisch ermittelten Barwertes der künftigen Beiträge ermittelt (prospektive Methode). Sie beträgt 2.004.736.394,48 Euro zum 31.12.2020. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einem geschäftsplanmäßig ermittelten Betrag in Höhe von 2.000.207.313,45 Euro und einer pauschalen Zusatzreserve in Höhe von 4.529.081,03 Euro für die anstehende Absenkung des Rechnungszinses. Eine Aufteilung des geschäftsplanmäßig ermittelten Betrages auf die einzelnen Tarifgruppen ist auf Seite 3 des Lageberichts aufgeführt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beinhaltet in Bearbeitung befindliche Leistungsfälle in Höhe von 1.836.509,95 Euro sowie noch auszahlende Abfindungen in Höhe von 1.276.368,29 Euro und Fälle von Beitragsrückgewähr in Höhe von 333.400,26 Euro.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

Per 31.12.2020 wurde eine Zuführung zur RfB in Höhe von 293.817,97 € vorgenommen.

Die Entwicklung der Rückstellung stellt sich daher im Geschäftsjahr wie folgt dar (alle Werte in Euro):

RfB zum 31.12.2019	Entnahme in 2020	Zuführung zum 31.12.2020	RfB zum 31.12.2020
0,00	0,00	293.817,97	293.817,97

Andere RückstellungenI. Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Gesellschaft gewährt ihren Mitarbeitern Pensionszusagen. Zum Bilanzstichtag beträgt der Rückstellungswert für die Pensionszusagen 1.505.836,56 Euro, davon sind 1.399.904,42 Euro arbeitgeberfinanziert. Auf ehemalige Organmitglieder und deren Hinterbliebene entfallen 46.699,98 Euro der gebildeten Pensionsrückstellungen.

Darüber hinaus bestehen arbeitnehmerfinanzierte Zusagen. Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersversorgung der Mitarbeiter im Rahmen der Höherversicherung bestehen Rückdeckungsversicherungen beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. Dieses Vermögen ist durch rechtliche Gestaltung im Insolvenzfall dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen und dient ausschließlich der Erfüllung der entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen.

Deckungsvermögen im Sinne der vorgenannten Rückdeckungsversicherungen sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten und mit den entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen zu verrechnen.

Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz. Per 31.12.2020 ist ein Verpflichtungsüberhang in den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Das Deckungsvermögen aus den abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wird wie folgt mit dem Erfüllungsbetrag aus den Verpflichtungen saldiert:

	Euro
Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen aus Altersversorgung	247.003,00
Beizulegender Zeitwert des beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. angelegten Deckungsvermögens	213.597,00
Pensionsrückstellung per 31.12.2020	33.406,00
Anschaffungskosten des beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. angelegten Deckungsvermögens	148.224,59

Die aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträge und die Verrechnung mit den Zinsaufwendungen der korrespondierenden Erfüllungsbeträge der Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2020 sind nachstehend aufgeführt:

	Euro
Zinsertrag des Deckungsvermögens abzgl. RKA (Risiko- und Kostenanteil) saldierungsfähiger Vermögenswerte	-6.751,00
Zinsaufwand aus der Verpflichtung	6.124,00
Erfolgswirksam aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes	14.497,00
Saldo	13.870,00

Der verbleibende Aufwand von 13.870,00 Euro ist in der GuV im Sonstigen Ergebnis enthalten.

II. Sonstige Rückstellungen

Dieser Posten enthält im Wesentlichen Rückstellungen für interne und externe Kosten der Jahresabschlusserstellung, Prüfungsgebühren, actuarielle Dienstleistungen und steuerliche Beratung.

Andere Verbindlichkeiten

Dieser Posten enthält keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern umfassen vor allem Verbindlichkeiten aus Beiträgen von Versicherungsnehmern für die Grundversorgung (VTV) in Höhe von 2.465.499,58 Euro (Vorjahr: 26.144.173,20 Euro) und für die Höherversorgung in Höhe von 9.392.418,95 Euro (Vorjahr: 9.137.577,55 Euro).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 35.512,80 Euro (Vorjahr: 422.160,78 Euro).

Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2020

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	856	396		208	1.044
B. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.431.205	137.881	0	0	1.569.086
2. Inhaberschuldverschreibungen	117.370	91.009	8.858	0	199.522
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	177.111	119.006	16.507	0	279.610
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	177.500	15.000	53.500	0	139.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Summe B.	1.903.186	362.896	78.865	0	2.187.218
Gesamtsumme	1.904.042	363.292	78.865	208	2.188.262

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge entsprechen den verdienten Beiträgen für eigene Rechnung. Sie gliedern sich in Einmalbeiträge in Höhe von 46.940.295,39 Euro (Vorjahr: 13.685.212,99 Euro) und laufende Beiträge in Höhe von 196.692.200,70 Euro (Vorjahr: 128.486.858,21 Euro). Die starken Erhöhungen in beiden Beitragsteilen resultieren aus der Rechnungszinssenkung Anfang des Jahres 2020. Alle Beiträge stammen aus Pensionsversicherungen im Rahmen von Kollektivverträgen.

Beiträge aus Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr 2020 wurden wie im Vorjahr keine Überschussbeiträge zur Leistungserhöhung verwendet.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich folgendermaßen zusammen:

In TEuro	2018	2019	2020
Zinserträge Direktanlage	17.795	17.962	19.346
Erträge Masterfonds bbp INKA	17.700	16.500	23.000
Erträge HI-bbp-Alternatives	8.800	23.000	9.000
Ergebnis aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1.169	124	2.850
Gesamt	43.126	57.586	54.196

Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen, sonstige Zinsen und Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen.

Sonstige Aufwendungen

Für steuerliche Beratungsdienstleistungen entstand ein Gesamtaufwand von 12.903,75 Euro (Vorjahr: 16.466,40 Euro).

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten darüber hinaus den Saldo aus Zinsaufwand der Pensionsverpflichtungen und Zinserträgen des Deckungsvermögens in Höhe von 13.870 Euro (Vorjahr: 40.770 Euro).

Daneben sind weitere Aufwendungen, die den Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, in den sonstigen Aufwendungen berücksichtigt.

Zusammensetzung der Personal-Aufwendungen gemäß § 51 Abs. 5 RechVersV:

		2018	2019	2020
		TEuro	TEuro	TEuro
1.	Löhne und Gehälter	1.287	1.664	1.919
2.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	162	231	295
3.	Aufwendungen für Altersversorgung	201	281	256
4.	Aufwendungen insgesamt	1.650	2.176	2.471

Sonstige Angaben

Angaben gemäß § 268 Abs. 7 HGB

Die Eventualverbindlichkeiten aus noch nicht abgerufenen Zusagen an Investmentfonds und Andienungsrechten aus Multitranchen stellen aufgrund der Liquiditätssituation der Kasse keine Beeinträchtigung der Risikosituation dar. Dabei sind die Abrufe für die Investmentfonds als sehr wahrscheinlich und die Andienungen aus den Multitranchen aktuell als sehr unwahrscheinlich anzusehen.

Eventualverbindlichkeiten	Mio. EUR
Commitments HI-bbp-Alternatives	205,9
Multitranchen - mögliche Andienungen	187,5
Gesamt	393,4

Aufwendungen der Jahresabschlussprüfung

Aufwendungen der Jahresabschlussprüfung fielen in Höhe von 29.800 Euro (Vorjahr: 29.800,00 Euro) an. Dieser Betrag entfällt ausschließlich auf Aufwendungen gemäß § 285 Abs. 17 a) HGB.

Anzahl der Beschäftigten

Neben dem Vorstand waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 26 weitere Personen, davon vier in Teilzeit, (Vorjahr: 19 weitere Personen, davon vier in Teilzeit) beschäftigt.

Bezüge für Organmitglieder

Auf eine Veröffentlichung der Vorstandsgehälter und auf die Angabe der Bezüge ehemaliger Organe wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

Vorsitzende der Vertreterversammlung

Jan Büttner	Vorsitzender
Thorsten Albrecht	Stellvertretender Vorsitzender
David Jacobs	Stellvertretender Vorsitzender

Aufsichtsrat

Jan Schrader	Abteilungsleiter Finanzen u. Allg. Verwaltung (Radio Bremen, Vorsitzender)
Dr. Katrin Vernau	Verwaltungsdirektorin (WDR)
Tobias Bossert	Dipl.-Physiker (Pensionär, stellv. Vorsitzender)
Norbert Illes	Redakteur (NDR)
Ralf Ludwig	Verwaltungsdirektor (MDR)
Claus Schillmann	Geschäftsführer (SWR Media Services GmbH)

Vorstand

Hartmut Thiel	Hauptamtlicher Vorstand
Gerhard Monsberger	Hauptamtlicher Vorstand

Treuhänder

Reinhold Hiss	Treuhänder
Stephan Müller	Stellvertretender Treuhänder

Verantwortliche Aktuarin

Katrin Burchhardt	Aktuarin
-------------------	----------

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

Baden-Baden, 26.02.2021

Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Der Vorstand

Thiel

Monsberger

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Baden-Badener Pensionskasse VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu

ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 9. April 2021

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats an die Vertreterversammlung über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Baden-Badener Pensionskasse VVaG zum 31.12.2020 sowie des Vorschlages des Vorstands zur Verwendung des Überschusses

Die Prüfung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020 hat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen am 19.03.2020, am 06.05.2020, am 24.06.2020, am 11.09.2020, am 09.12.2020 und am 29.04.2021 stattgefunden. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah über verschiedene Themen der Kasse informiert.

Im Rahmen seiner Kontrollfunktion hat der Aufsichtsrat auch die jährlichen Revisionsberichte beraten. Im abgelaufenen Jahr wurden Berichte zu den Themen Vertragsmanagement sowie Leistungsabrechnung samt Kapitalanlagen, internen Kontrollsystem (IKS) und Risikomanagement erstellt. Beide Komplexe wurden von der axis advisory + audit GmbH geprüft. Es gab keine wesentlichen Feststellungen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2020 vom 26.02.2021 und den Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers PwC vom 09.04.2021 geprüft.

Im Geschäftsjahr 2020 ist nach Dotierung einer pauschalen Zusatzreserve ein Rohüberschuss nach Steuern von 19.585.414,03 Euro entstanden. Dem Vorschlag des Vorstandes folgend, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29.04.2021 zugestimmt, dass – erstmalig seit 2013 – eine Zuführung in Höhe von 293.817,97 Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung vorgenommen werden soll. Der übrige Betrag soll zur Sicherstellung der Solvabilität der Kasse in Höhe von 19.291.596,06 Euro der Verlustrücklage zugeführt werden.

Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zum Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2020 hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen stimmt der Aufsichtsrat dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und dem Vorschlag zur Verwendung des Überschusses zu und billigt den vom Vorstand zum 31.12.2020 aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 29.04.2021 beschlossen, der Vertreterversammlung zu empfehlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2020 in der vorliegenden Form festzustellen und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Überschusses zu beschließen.

Das Jahr 2020 stand unter dem starken Einfluss der COVID-19-Pandemie. Auch die bbb war von den Verwerfungen an den Kapitalmärkten betroffen. Jedoch gelang der Kasse die Risikosteuerung im Jahresverlauf sehr gut, wodurch das obenstehende gute Jahresergebnis erreicht werden konnte. Die weiterhin vorherrschende Niedrigzinsphase bleibt eine Herausforderung für Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge. Der Druck der BaFin wird weiter anhalten, diesbezüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dies wurde insbesondere in einem Aufsichtsgespräch im Herbst 2020 deutlich gemacht.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung und dem Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen.

Nachtrag

Entsprechend der Anmerkung des Wirtschaftsprüfers unter Randziffer 21 seines Berichts hat die BaFin mit Schreiben vom 12.04.2021 die bbp unter intensivierter Aufsicht gestellt. Die bisher im Zuge der Niedrigzinsproblematik ergriffenen Maßnahmen reichen der Aufsichtsbehörde nicht aus.

Im Rahmen dieser intensivierten Aufsicht sind Vorstand und Aufsichtsrat zu einer erweiterten Berichterstattung verpflichtet. Beide Organe werden dieser Verpflichtung nachkommen.

Baden-Baden, den 29.04.2021

Der Aufsichtsrat

Jan Schrader (Vorsitzender)

Tobias Bossert (stv. Vorsitzender)

Norbert Illes

Ralf Ludwig

Claus Schillmann

Dr. Katrin Vernau